

Springers Kurzlehrbücher der Rechtswissenschaft

Franz Gschnitzer

Allgemeiner Teil
des bürgerlichen Rechts

Zweite, neubearbeitete Auflage
von Christoph Faistenberger,
Heinz Barta und Mitautoren

IPR von Franz Mänhardt

Springer-Verlag
Wien New York



Springers Kurzlehrbücher der Rechtswissenschaft

Franz Gschnitzer

Allgemeiner Teil
des bürgerlichen Rechts

Zweite, neubearbeitete Auflage
von Christoph Faistenberger
und Heinz Barta

Mitautoren: Sabine Engel, Christian Markl,
Reinhold Oberhofer, Johanna Schopper,
Elisabeth Villotti

IPR von Franz Mänhardt

Springer-Verlag
Wien New York



Univ.-Prof. Dr. CHRISTOPH FAISTENBERGER
Univ.-Prof. Dr. HEINZ BARTA

Mitautoren bei den angeführten Kapiteln:

Mag. SABINE ENGEL: 2, 12, 23, 39
Dr. CHRISTIAN MARKL: 20, 22, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36
Dr. REINHOLD OBERHOFER: 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18A, 19, 23,
24, 25, 26, 27
Dr. JOHANNA SCHOPPER: 8, 18B + C, 19, 20, 22, 28, 29, 30, 31, 32
Dr. ELISABETH VILLOTTI: 37, 38, 40

Institut für Zivilrecht an der Universität Innsbruck

IPR (Kapitel 9, 10, 11) von Univ.-Prof Dr. FRANZ MÄNHARDT

Institut für Österreichisches und Internationales Handels- und
Wirtschaftsrecht an der Universität Salzburg

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes,
der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechani-
schem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben,
auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 1966 and 1992 by Springer-Verlag/Wien

Printed in Austria

Satz: Bernhard Computertext KG, A-1030 Wien

Druck: F. Berger & Söhne, A-3580 Horn

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier (Gruppe A)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gschnitzer, Franz:

Allgemeiner Teil des bürgerlichen Rechts / Franz
Gschnitzer. – 2., neubearb. Aufl. / von Christoph
Faistenberger und Heinz Barta. Mitautoren: Sabine
Engel ... – Wien ; New York : Springer, 1992

(Springers Kurzlehrbücher der Rechtswissenschaft)

ISBN 3-211-82310-7 (Wien)

ISBN 0-387-82310-7 (New York)

NE: Faistenberger, Christoph [Bear.]

ISSN 0723-5097

ISBN 3-211-82310-7 Springer-Verlag Wien · New York

ISBN 0-387-82310-7 Springer-Verlag New York · Wien

Vorwort zur zweiten Auflage

Mit dem *Allgemeinen Teil* schließt die zweite Auflage ab. Noch mehr als der *Besondere Teil* des Schuldrechts läßt er die Zielsetzung eines Kurzlehrbuches hinter sich: im Vordergrund steht die Darstellung des *Allgemeinen Teils* in der Rechtswirklichkeit, dh. so wie er von den Gerichten verstanden und gehandhabt wird. Dies entspricht einem Rechts(tatsachen)verständnis, das in der Intention GSCHNITZERS liegt, aber auch in der Tradition EHRENZWEIGS.

Für GSCHNITZER war die Historie ein Anliegen, er hat die Bezüge besonders zum römischen Recht geliebt. In der zweiten Auflage wird dagegen cursorisch mehr Gewicht auf das Vernunftrecht der Aufklärung gelegt, also auf die jüngere Geschichte. Uns scheinen die Quellen des Vernunftrechts – wenn sie auch manchmal etwas verschüttet sind – noch immer kräftig genug, unser bürgerliches Recht lebendig zu erhalten. So läßt sich zB an dem unsterblichen § 16 die Persönlichkeit als menschenwürdige Ausgestaltung des Rechtssubjekts anknüpfen; oder aus § 26 und überhaupt der Gesellschaftsbezogenheit des ABGB ein brauchbarer, moderner Begriff der juristischen Person entwickeln: die juristische Person muß tauglich sein, auch heutige Wirtschaftsprobleme anständig und redlich zu bewältigen und Mißbräuchen zu begegnen. In diese Richtung läßt sich unser Gesetz unschwer interpretieren, hat es doch die guten Sitten seinerzeit im § 26 verankert und sozialen Gebilden nur unter Konformität mit den guten Sitten die Rechtsfähigkeit verliehen. Besondere Beachtung verdient die vorurteilslose Einstellung des ABGB den Gemeinden gegenüber als *pars pro toto* für die öffentliche Hand. Sie braucht unbedingten Schutz vor Zugriffen von allen Seiten. Auch das Einstehenmüssen juristischer Personen für Zivildelikte wird eingehend untersucht.

Der Allgemeine Teil gewinnt erst durch die Judikatur an Leben. Die zahlreichen Entscheidungen, die oft ausführlich dargestellt sind, sollen Studierenden die zweite Auflage als „Lesebuch“ näher bringen und damit schwierige dogmatische Fragen verständlicher machen. Entscheidungen müssen selbstverständlich ausgewählt werden, stark ausgesondert wurde zB bei § 879. Der Student und auch der Praktiker haben dabei aber immer darauf zu achten, daß jede Entscheidungsauswahl und jede Entscheidungswiedergabe – selbstverständlich auch bei wörtlicher Zitierung – eine Interpretation bedeutet. Will man sich daher in seiner Argumentation einer dieser Quellen völlig sicher sein, bleibt einem die eigene Lektüre der Entscheidungen nicht erspart.

Literatur wird nur spärlichst angeführt, sie läßt sich leicht aus anderen Quellen entnehmen und wird in der OGH-Judikatur sehr oft eingehend zitiert. Bei

vielen Entscheidungen wird große Sorgfalt auf die Darstellung dessen gelegt, worauf es in der Begründung der Entscheidung ankommt.

Kapitelüberblicke sollen die Übersichtlichkeit erleichtern. Die übernommene Gliederung wirkte manchmal einschränkend und mußte teilweise neu formiert werden.

Dr. Ursula Mair und Mag. Roswitha Pöckl danken wir für die Mithilfe beim Korrekturlesen, Prof. Mänhardt dankt Hanna Kronberger herzlich. Besonderen Dank schulden wir Dr. Monika Niedermayr, die bei der intensiven Manuskriptüberarbeitung tatkräftig mitgearbeitet hat. Schließlich danken wir dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung für seine wertvolle Unterstützung.

Innsbruck, im Juli 1992

Christoph Faistenberger
Heinz Barta
Franz Mänhardt
Sabine Engel
Christian Markl
Reinhold Oberhofer
Johanna Schopper
Elisabeth Villotti

Vorwort zur ersten Auflage

Vom Lehrbuch des österreichischen bürgerlichen Rechtes wird hiemit als vorletzter Band der Allgemeine Teil vorgelegt; das Sachenrecht wird die 1963 begonnene Arbeit zu Ende führen. Jeder Verfasser empfindet wohl, daß er nicht ganz in der Hand hat, wie sich sein Werk gestaltet; es wächst organisch, entwickelt ein Eigenleben. So hat im Laufe der Bearbeitung unwillkürlich ihre Intensität zugenommen. Schon der Allgemeine Teil des Schuldenrechtes ist eingehender dargestellt, noch mehr gilt das vom Allgemeinen Teil des bürgerlichen Rechtes. Das läßt sich damit rechtfertigen, daß es hier um die Grundlagen des bürgerlichen Rechtes und des Privatrechtes überhaupt, ja darüber hinaus um Grundbegriffe juristischen Denkens geht.

Der Allgemeine Teil stellt die Elemente dar, die in den besonderen Teilen ihre Anwendung finden. So kennzeichnet ihn eine starke Abstraktion; z. B. handelt er weder vom Kauf noch von der Eigentumsübertragung, noch vom Testament, noch von der Eheschließung, noch von der Adoption, wohl aber von der rechtsgeschäftlichen Willenserklärung, die allen diesen Akten wesentlich ist. Rechtsgeschäft und Vertrag sind in ihrer Abstraktheit schwerer anschaulich zu machen als ihre Konkretisierung im Kauf oder Testament. Andererseits steckt in der Herausarbeitung der gemeinsamen Grundelemente und in der Abstraktion von zusätzlichen Besonderheiten eine große wissenschaftliche Leistung. Sie verschafft eine tiefere Erkenntnis der inneren Zusammenhänge und erleichtert die Stoffbeherrschung. Der Allgemeine Teil ist gleichsam das Alphabet, dessen Buchstaben der Jurist zu den verschiedenen Worten kombiniert.

Das BGB hat dem Allgemeinen Teil besondere Sorgfalt gewidmet, und die deutsche Lehre befaßt sich mit ihm sehr ausführlich. Demgegenüber kennt das ABGB nach seiner Entstehungszeit einen Allgemeinen Teil noch nicht. Daher kann er in den Kommentaren zum ABGB entsprechenden Platz nicht finden. Eine hervorragende systematische Bearbeitung hat er durch UNGER erfahren, doch liegt sie ein Jahrhundert zurück; die Stärke des Systems von KRAINZ-PFAFF-EHRENZWEIG liegt in den besonderen Teilen. Daher ging es nicht nur um eine lehrbuchmäßige Darstellung, sondern auch darum, eine empfindliche Lücke im österreichischen Schrifttum zu schließen und den Anschluß an den neuesten Stand der allgemeinen Lehren für das österreichische Recht herzustellen.

Es ist mir nicht gelungen, diese Partien kürzer zu fassen, um den Studierenden entgegenzukommen. Ich hoffe, daß sie sich dadurch nicht abschrecken lassen. Eine zu knappe Darstellung, ein bloßes Gerippe, erleichtert nicht immer das Studium, kann es auch erschweren. Zum Beispiel ist die Geschichte des Privatrechtes (§§ 3–5) flüssig zu lesen. Auch täuscht der Umfang, weil aus systematischen Gründen in den Allgemeinen Teil Kapitel aufgenommen wurden, die EHRENZWEIG in die besonderen Teile verwiesen hat. So die Lehre von der Sache als Rechtsobjekt (§§ 19 und 20) – bei EHRENZWEIG im Sachenrecht; die von der Entmündigung (§ 16 C) – bei EHRENZWEIG im Familienrecht; die vom Vertragsschluß (§§ 24, 25) und von den unmöglichen und unerlaubten Verträgen (§§ 33, 34) – bei EHRENZWEIG im Schuldrecht. Schließlich bildet das Internationale Privatrecht (§§ 9–11) einen Abschnitt für sich. Seine Grundzüge müssen zwar in einem System des bürgerlichen Rechtes Platz finden; da sie aber die Vertrautheit mit dem materiellen Recht voraussetzen, empfehle ich, sie zunächst beim Studium auszuklammern und erst am Schluß zu studieren.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis.....	XLI
1. Übersicht	1
Erster Teil Objektives und subjektives Recht	
2. Privatrecht und öffentliches Recht.....	3
I. Grundsätzliches.....	3
1. Grund der Einteilung.....	3
2. Historische Entwicklung.....	3
II. Geltendes Recht	4
1. Zurechnungskriterien	4
2. Unterscheidung; Abgrenzung; Judikaturbeispiele.....	4
3. Was gehört zum Privatrecht, was zum öffentlichen Recht	6
4. Verquickung von Privat- und öffentlichem Recht.....	8
3. Geschichte unseres Privatrechts: Von der Rezeption zur Kodifikation.....	9
A. Die Rezeption.....	9
I. Vorläufer in Italien.....	9
1. Glossatoren; Corpus Iuris Civilis; Corpus Iuris Canonici	9
2. Fortentwicklung des Rechts durch extensive Interpretation und Analogie; Kommentatoren (Postglossatoren).....	10
3. Französische Schule	10
II. Gründe für die Rezeption	10
1. Stärkung der kaiserlichen Macht	10
2. Autorität des geschriebenen Rechts	10
3. Gelehrte Richter an Stelle der Laien.....	10
4. Klerus und Kirche.....	10
III. Was und wie wurde rezipiert?	10
1. Römisches Privatrecht	10
2. Aber nicht in seiner ursprünglichen Form	10
3. Corpus Iuris Canonici	11
4. Römisches Recht galt subsidiär	11
5. Anpassung des römischen Rechts.....	11
B. Von der Rezeption zur Kodifikation.....	11
I. Usus modernus pandectarum	11
II. Naturrechtsschule	11
1. Sehnsucht nach dem gerechten Recht	11
2. Naturrecht der Aufklärung.....	12
III. Die großen Kodifikationen	13
1. Das Allgemeine Landrecht von 1794 (ALR).....	13
2. Der Code Civil von 1804 (Code Napoléon)	13

3. Das österreichische Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 (ABGB).....	14
4. Naturrecht der Aufklärung als geistiger Vater	14
4. Geschichte unseres Privatrechts: Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch	15
I. Rechtszustand vor der Kodifikation	15
II. Vorarbeiten	15
1. Codex Theresianus von 1766	15
2. Entwurf Horten = Josephinisches Gesetzbuch von 1786.....	16
III. Die Redaktion des ABGB	16
1. Entwurf Martini = Westgalizisches Gesetzbuch von 1797.....	16
2. Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch von 1811.....	16
IV. Würdigung des ABGB.....	17
1. Wurzeln: römisches Recht, deutsches Recht, Naturrecht	17
2. in dubio pro razione	18
3. Elastische Rechtssätze; Spielraum für Auslegung	18
4. Volkstümliche, prägnante Sprache	19
5. Einige Beispiele.....	19
V. Ausstrahlungen des ABGB	20
VI. Beispiele aus ALR und WGGB	20
5. Weitere Schicksale des (österreichischen) Privatrechts.....	21
I. Bis 1850	21
1. Fortbildung durch Hofdekrete	21
2. Wachsender Einfluß der Rechtshistorischen Schule	21
II. 1850 – 1880.....	22
1. Rechtshistorische Schule	22
2. Begriffsjurisprudenz	22
3. Anschluß an die deutsche Rechtswissenschaft	23
4. Kodifikatorische Arbeiten.....	23
III. 1880 – 1900.....	24
IV. 1900 – 1918.....	24
1. Deutsches Bürgerliches Gesetzbuch von 1900 (BGB).....	24
2. Ausstrahlung des dtBGB.....	24
3. Teilnovellen zum ABGB	25
4. Gesetzeswerk von Franz Klein	25
V. 1918 – 1938.....	25
1. Einschränkung des Geltungsbereichs des ABGB auf das Gebiet der Republik Österreich	25
2. Sozialgesetzgebung	25
3. Wissenschaftliche Werke	26
4. Freirechtsschule; Rechtsstatsachenforschung; Rechts- vergleichung.....	26
5. Reine Rechtslehre.....	26
VI. 1938 – 1945.....	27
1. Auch blankes Unrecht galt als Recht	27
2. Einführung des HGB.....	27
VII. Seit 1945	27
1. Gesetzgebung in den Staaten des Donauraumes	27
2. Gesetzgebung in Österreich.....	27
3. Gesetzesflut	28
4. Qualität der Gesetze	28
6. Rechtsquellen	29
A. Gesetzes Recht	30
1. Formelles Gesetzesrecht.....	30

2. Gesetz im materiellen und formellen Sinn.....	30
3. Privatautonomie	30
4. Völkerrecht	30
5. Rechtsirrtum.....	31
B. Gewohnheitsrecht	31
I. Kraft des Gewohnheitsrechts.....	31
1. Geschriebenes Recht – Gewohnheitsrecht	31
2. Zunehmende Staatsmacht verdrängt Gewohnheitsrecht.....	32
3. Gewohnheitsrecht im Völkerrecht	32
4. Staatsumwälzungen.....	32
5. Bewahren alter Rechtseinrichtungen; Fortbildung des Rechts	32
6. § 10 ABGB.....	33
7. Rechtsüberzeugung im Volk.....	33
8. Gewohnheitsrecht als primäre Rechtsquelle	34
II. Voraussetzungen des Gewohnheitsrechts	34
1. Längerdauernde, gleichmäßige Übung und opinio necessitatis.....	34
2. Gewohnheitsrecht bei bäuerlicher Erbteilung und Hofübernahme	35
3. Gewohnheitsrecht ieS – Gewohnheit, Usance, Sitte, Verkehrsübung, (Handels)Brauch	36
III. Gerichtsgebrauch	41
1. Befolgung der Übung durch Organe der Gemeinschaft (zB Gerichte)	41
2. Stetigkeit des Urteilens in bestimmtem Sinn; Abgehen vom eingelebten Gerichtsgebrauch.....	41
3. Gebundenheit des Richters an ständigen Gerichtsgebrauch.....	43
C. Praxis und Lehre als Rechtsquellen.....	43
I. Praxis	43
1. Rechtsanwendung	43
2. Präjudizien.....	44
3. Spruchrepertorium und Judikatenbuch	44
4. Verstärkte Senate.....	44
II. Lehre	47
D. Hilfsmittel und ihre Verwendung	48
I. Hilfsmittel.....	48
1. Gesetzestext.....	48
2. Literatur	49
3. Judikatur	50
4. Zeitschriften.....	50
5. Materialien.....	51
II. Verwendung der Hilfsmittel	52
III. Ausländische Quellen.....	52
7. Rechtsanwendung und Auslegung.....	54
A. Rechtsanwendung.....	55
I. Vorgang.....	55
1. Subsumtion.....	55
2. Reihe logischer Schlüsse	55
3. Subsumtionsschritte.....	55
4. Generalklauseln; unbestimmte Rechtsbegriffe; billiges Ermessen	57
II. Zusammenfassung.....	58
1. Begriffsjurisprudenz	58
2. Freirechtsschule.....	58
3. Interessenjurisprudenz	58
4. Rechtsfortbildung	58

B. (Gesetzes)Auslegung.....	58
I. Begriff.....	58
II. Textkritik.....	59
1. Redaktionsfehler.....	59
2. Druckfehler.....	59
3. Randschriften; Überschriften.....	59
III. Authentische Interpretation.....	59
1. Authentische Interpretation ist Gesetzgebungsakt.....	59
2. Rückwirkung.....	60
3. Kundgabe der authentischen Interpretation.....	60
4. Judikaturbeispiele.....	60
5. Ständig gleichbleibende Judikatur.....	61
C. Stufen der Gesetzesauslegung.....	62
I. Überblick.....	62
1. § 6.....	62
2. § 7 Satz 1.....	63
3. § 7 Satz 2.....	63
4. Ergebnisorientierte Auslegung.....	63
II. Wortinterpretation.....	64
1. Legaldefinition; Einheit der Rechtssprache.....	64
2. Wortinterpretation verlangt Verständnis.....	64
III. Grammatisch-logische und teleologische Interpretation.....	65
1. Grammatisch-logische Interpretation.....	65
2. Teleologische Interpretation.....	65
3. Größenschlüsse.....	65
4. Teleologische Reduktion.....	67
5. Ausdehnende Auslegung.....	69
IV. Willens(Sinnes)interpretation.....	70
1. Absicht des Gesetzgebers.....	70
2. Natürlicher Sinn des Gesetzes.....	70
3. Wille des historischen Gesetzgebers.....	71
4. Bestätigende/berichtigende Auslegung.....	73
5. Kombination von Auslegungsschritten.....	74
D. Analogie (Ähnlichkeitsschluß).....	74
I. Voraussetzungen.....	75
1. § 7 Satz 1.....	75
2. Echte Lücke.....	75
3. Unechte Lücke.....	76
4. Rechtsanwendung contra legem.....	78
II. Vorgang bei der Analogie.....	78
1. Echte/unechte Lücke.....	78
2. Gesetzesanalogie; Rechtsanalogie.....	81
3. Auslegung und Analogie.....	83
4. Strafrechtliches Analogieverbot.....	83
5. Anwendung der §§ 6, 7 auf Auslegung von Satzungen/ Statuten, Kollektivverträgen.....	83
6. Keine Anwendung der §§ 6, 7 auf Auslegung von Allgemeinen Versicherungsbedingungen.....	84
E. Natürliche Rechtsgrundsätze.....	84
1. Der Richter muß entscheiden, uz.....	85
2. wie der Gesetzgeber entscheiden würde.....	85
3. Allgemeine Grundsätze der Gerechtigkeit (KdmPat).....	87
4. Treu und Glauben.....	88
F. Gesetzeskonkurrenz.....	89
1. Anspruchshäufung – Kumulierung.....	89
2. Alternative Anspruchskonkurrenz.....	89

3. Sukzessive, zeitliche Geltendmachung.....	89
4. Echte Anspruchskonkurrenz – Konsumtion	89
5. Prozessuale Situation	89
6. <i>lex specialis derogat legi generali</i>	90
7. Antinomie	90
8. Zeitlicher Geltungsbereich der Rechtsnormen	90
I. In- und Außerkrafttreten	90
1. Formelle und materielle Publikation	90
2. Befristetes Gesetz	92
3. Formelle und materielle Derogation	92
4. Aufhebung durch Gewohnheitsrecht.....	94
5. Wiederverlautbarung	94
II. Übergangsrecht und Rückwirkung – Intertemporales Privatrecht	95
1. Zeitlicher Geltungsbereich	95
2. Rückwirkung von Gesetzen.....	96
3. Übergangsvorschriften – Lösungsmöglichkeiten.....	96
4. Gesetzesänderung während eines anhängigen Verfahrens	99
5. Mehrgliedrige Sachverhalte/Tatbestände, Dauertatbestände	99
9. Internationales Privatrecht: Begriff, Geschichte, Quellen	102
A. Begriff 102	
1. Räumliches Nebeneinander von Normen	102
2. <i>lex fori</i>	103
3. Kollisionsnormen.....	103
4. Internationales Zivilverfahrensrecht.....	104
B. Geschichte.....	104
I. Vorgeschichte	104
1. Römisches Recht.....	104
2. Germanische Rechte – Personalitätsprinzip	105
3. Mittelalter – Territorialitätsprinzip	105
II. Statuentheorie	105
1. <i>statuta personalia</i> , <i>statuta realia</i> , <i>statuta mixta</i>	105
2. Bedeutung der Statuentheorie	105
III. Die Wende im kollisionsrechtlichen Ansatz	106
1. USA	106
2. Deutsche Pandektistik	106
3. Savigny	106
4. Mancini	107
5. Zitelmann	107
IV. Die internationalprivatrechtliche Gerechtigkeit.....	107
C. Rechtsquellen	108
I. Allgemeines.....	108
1. Einheitlich materielles Privatrecht.....	108
2. Einheitliche Kollisionsnormen	108
3. IPR als innerstaatliches autonomes Recht und Völkerrecht	108
4. IPR als nationales Recht	108
II. Das österreichische IPR-Gesetz	109
1. IPRG	109
2. Regelungsgrundsätze	110
10. Internationales Privatrecht: Allgemeiner Teil	111
A. Anknüpfungsründe.....	112
I. Überblick	112
II. Personalstatut natürlicher Personen: Staatsangehörigkeits- und Wohnsitzprinzip	112

1. Personalstatut	112
2. Staatsangehörigkeits- oder Wohnsitzprinzip?	112
3. Österreichisches Recht	113
4. Einzelfragen	113
III. Personalstatut der juristischen Person	115
IV. Die Rechtswahl als Anknüpfungspunkt	115
1. Allgemeines	115
2. Rechtswahl (Parteiautonomie) nach IPRG	116
B. Rechtliche Einordnung (Qualifikation)	117
1. Qualifikation – Schwierigkeiten und Probleme	117
2. Stufenqualifikation	118
3. Behandlung des Einzelfalls	119
4. Anknüpfungspunkte	119
C. Gesamtverweisung, Rück- und Weiterverweisung	119
I. Das Problem	119
II. Gesamtverweisung – Rückverweisung – Weiterverweisung	120
1. Gesamtverweisung	120
2. Rückverweisung	121
3. Weiterverweisung	121
III. Gliedstaatenverweisung	121
D. Gegenseitigkeit und Vergeltung	121
E. Vorbehalt – ordre public	122
1. Toleranzgrenzen der Rechtsordnung	122
2. ‚Grundwertungen‘ der österreichischen Rechtsordnung	123
3. Hauptaufgabe des ordre public	123
4. Füllen der Rechtslücke	124
5. ‚Wirkungsstatut‘ – positiver ordre public	124
F. Die Amtswegigkeit der gesamten kollisionsrechtlichen Beurteilung	124
1. Richter muß ausländisches Recht anwenden	124
2. Auskünfte über ausländisches Recht	124
3. Unrichtiges Anwenden ausländischen Rechts	125
4. Ersatzweises Anwenden der lex fori	125
11. Internationales Privatrecht: Besonderer Teil	126
A. Personenrecht	127
I. Natürliche Person	127
1. Rechtsfähigkeit	127
2. Geschäftsfähigkeit	128
3. Entmündigung/Sachwalterschaft	128
4. Todeserklärung	128
II. Juristische Person	129
1. Umfang der Rechtsfähigkeit	129
2. § 10 IPRG	129
III. Persönlichkeitsrechte	130
1. Namensrecht	130
2. Immaterialgüterrechte	131
B. Rechtsgeschäfte	132
1. Allgemeines	132
2. Form	133
3. Stellvertretung	134
4. Verjährung	135
C. Familienrecht	135
I. Allgemeines	135
II. Eherecht	136
1. Verlöbnis	136

2. Eheschließung.....	136
3. Persönliche Rechtswirkungen der Ehe	137
4. Ehegüterrecht	138
5. Ehescheidung.....	139
III. Kindschaftsrecht.....	140
1. Allgemeines.....	140
2. Voraussetzung (Anfechtung) der ehelichen Abstammung und Legitimation.....	140
3. Wirkungen der Ehelichkeit und der Legitimation	141
4. Uneheliche Abstammung und deren Wirkung	142
5. Annahme an Kindesstatt/Adoption	142
6. Unterhaltsstatutabkommen.....	144
IV. Vormundschaft und Pflegschaft (Kuratel).....	144
1. Allgemeines.....	144
2. Minderjährigenschutzabkommen.....	145
D. Erbrecht	145
I. Problematik	145
II. Österreichisches Recht	146
1. Die neue Rechtslage durch das IPRG	146
2. Abhandlungsjurisdiktion.....	146
3. Allgemeines Erbstatut.....	148
4. Verfügungen von Todes wegen	148
E. Sachenrecht	149
1. Allgemeines	149
2. Grundregel	150
3. Statutenwechsel – Anerkennung fremder dinglicher Rechte.....	151
4. ‚Einzelstatut bricht Gesamtstatut‘.....	151
5. Sonderprobleme.....	151
F. Schuldrecht.....	152
I. Anknüpfungproblematik beim Schuldverhältnis	152
1. lex fori	152
2. Personalstatut des Schuldners	153
3. Recht des Erfüllungsortes	153
4. Recht des Abschlußortes	153
5. Parteilille	153
6. Deliktort.....	153
7. Schuldverhältnis als Einheit?.....	154
II. Das internationale Schuldrecht nach österreichischem IPRG	154
1. Charakteristik.....	154
2. Umfang des Schuldstatuts	155
III. Der Vorrang der Rechtswahl – Parteiautonomie	156
1. Anwendungsbereich (Umfang).....	156
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen	156
IV. Schuldverhältnisse aus Vertrag (Rechtsgeschäft).....	159
1. Geschäftsstatute	159
2. Allgemeines Geschäftsstatut	159
3. Sondergeschäftsstatute.....	160
V. ‚Abhängige‘ Rechtsgeschäfte.....	162
1. Sachenrechtsordnung.....	162
2. Bankgeschäfte.....	163
VI. Schuldverhältnisse aus unerlaubter Handlung	163
1. Deliktsstatut	163
2. Haftung aus Straßenverkehrsunfällen	165
3. Internationales Wettbewerbsprivatrecht.....	167
VII. Schuldverhältnisse aus anderen Rechtsgründen	168
1. Bereicherung.....	168

2. Geschäftsführung ohne Auftrag	168
3. Gläubigeranfechtung	168
12. Subjektives Recht. System des bürgerlichen Rechts	169
A. Begriff des subjektiven Rechts	169
1. Subjektive Rechte im Privatrecht, im öffentlichen Recht	169
2. Rechtspflichten – subjektive Rechte	169
3. Subjektlose Rechte	169
B. Arten der subjektiven Rechte	170
I. Haupteinteilung	170
1. Personenrechte ieS	170
2. Familienrechte	170
3. Vermögensrechte	170
II. Herrschafts-, Forderungs- und Gestaltungsrechte	171
III. Absolute Rechte und relative Rechte (Ansprüche)	172
IV. Rechte an Rechten	173
1. Rechte als Sachen	173
2. Fruchtnießung oder Pfandrecht an Rechten	173
V. Rechtsverhältnisse	173
VI. Anwartschaften	174
1. Bloße Hoffnungen (Aussichten)	174
2. Befristete, noch nicht fällige Rechte	174
3. Aufschiebend bedingte Rechte	174
4. Rechte, die mit Rückwirkung aufgehoben werden	174
5. Anwartschaftsrechte	175
6. Bindung/Gebundenheit	175
C. System des bürgerlichen Rechts	175
I. Das System des ABGB	175
II. Das heutige System	176
III. Vergleich des modernen Systems mit dem des ABGB	176

Zweiter Teil

Rechtssubjekt (Person) und Rechtsobjekt (Sache)

13. Rechtssubjekt und Persönlichkeitsrecht	178
A. Person 179	
I. Rechtsfähigkeit	179
II. Natürliche und juristische Person	180
III. Grade der Rechtsfähigkeit/Rechtspersönlichkeit	181
1. Deutsches und römisches Recht	181
2. ABGB	181
3. Rechtspersönlichkeit jurPn	181
IV. Handlungsfähigkeit	181
B. Persönlichkeitsrecht	182
I. Allgemeines	182
1. Naturrecht; Rechtshistorische Schule	182
2. Entwurf Martini, WGGB	182
3. ABGB und Sondergesetze	183
II. Namensrecht	184
Adelsbezeichnungen	184
1. Erwerb des Namens	185
2. Änderung des Familiennamens	186
3. Erlöschen des Namensrechts	186
4. Namensführung als höchstpersönliches Recht	186
5. Inhalt und Schutz des Namensrechts	186
6. Ausdehnung des Namensschutzes	189

III. Andere Persönlichkeitsrechte	191
1. Beispiele	191
2. Sinngemäße Ausdehnung auf jurPn udgl.	191
3. Ansprüche aus Persönlichkeitsrechtsverletzung	191
4. Postmortales Persönlichkeitsrecht	191
5. Pränatales Persönlichkeitsrecht	193
6. Immaterialgüterrechte	193
IV. Einzelne Persönlichkeitsrechte und Judikaturüberblick	193
1. Recht auf Leben, Gesundheit und körperliche/geistige Unversehrtheit	193
2. Recht auf Freiheit	195
3. Recht auf Ehre	198
4. Recht auf Achtung der Geheim(Intim)Sphäre und des Privat- und Familienlebens	203
5. Recht auf das eigene Bild	209
V. Persönlichkeitsrechte in der BRD, Schweiz und Liechten- stein – Judikaturüberblick	213
1. Bundesrepublik Deutschland	213
2. Schweiz	221
3. Liechtenstein	222
14. Beginn und Ende der natürlichen Person	223
A. Gemeinsames	223
B. Beginn 223	223
1. Lebendgeburt	223
2. Leibesfrucht/nasciturus	224
3. Schutz der Leibesfrucht und Abtreibung	226
C. Ende der Person – Tod	227
D. Das sogenannte Personenstandsrecht	227
1. „Alle gingen hin, sich aufschreiben zu lassen ...“	227
2. Personenstandsgesetz 1983	228
3. Besorgung der Personenstandsangelegenheiten durch die Gemeinden	228
4. Personenstandsbücher	228
5. Geburtenbuch	228
6. Ehebuch	228
7. Sterbebuch	229
8. Personenstandsurkunden	229
9. Deutsche Sprache, lateinische Schriftzeichen, arabische Ziffern	229
10. Personenstandsverordnung	229
E. Todeserklärung	229
I. Entwicklung und Rechtsquellen	230
II. Verschollenheit	230
III. Arten der Verschollenheit	230
1. Kriegsverschollenheit	231
2. Seeverschollenheit	231
3. Luftverschollenheit	231
4. Allgemeine Gefahrenverschollenheit	231
5. Allgemeine Verschollenheit	231
IV. Grundzüge des Verfahrens	232
V. Wirkung	232
F. Berichtigung und Aufhebung	232
G. Kommorienten	233
15. Rechtserhebliche Eigenschaften und Zustände des Menschen	233
A. Entwicklung	233
B. Der Gleichheitsgrundsatz im geltenden Recht	233

C. Einzelne rechtserhebliche Eigenschaften und Zustände	235
I. Mangelndes Alter; geistige Gebrechen	235
II. Geburt	236
III. Stand und Klasse	236
IV. Rasse und Sprache	236
V. Geschlecht	237
VI. Religionsbekenntnis	237
VII. Staatsbürgerschaft und Wohnsitz	238
VIII. Ehre	239
16. Altersstufen, Leibes- und Geistesgebrechen. Sachwalterschaft/Ent-	
mündigung	240
A. Altersstufen	240
I. Allgemeines und Geschichte	240
II. Geltendes Recht	242
B. Leibes- und Geistesgebrechen	243
I. Leibesgebrechen – körperliche Behinderung	243
II. Geistesgebrechen	244
1. Vorübergehende Sinnesverwirrung	244
2. Dauernde geistige Erkrankung	244
C. Von der Entmündigung zur Sachwalterschaft	244
1. Entwicklung und Begriff	244
2. Arten der Entmündigung	245
3. Verschwendung; gewohnheitsmäßiger Mißbrauch von Alkohol und Nervengiften	245
4. Wirkungen der Entmündigung	245
5. Anhalteverfahren	245
D. Sachwalterschaft	247
I. Allgemeines	247
II. Voraussetzungen	248
1. Psychische Krankheit; geistige Behinderung/körperliche Gebrechen; Verschwendung; Mißbrauch von Alkohol oder Nervengiften	248
2. „Angelegenheiten“; „Gefahr eines Nachteils“; „Nachteil für sich selbst“	249
3. Subsidiarität der Sachwalterbestellung	250
III. Abstufung/Umfang der Sachwalterschaft	250
1. Einzelne Angelegenheiten, Kreis von Angelegenheiten, alle Angelegenheiten	250
2. Einstweiliger Sachwalter (§ 238 AußStrG)	251
IV. Wirkungen der Sachwalterschaft	251
1. Beschränkung der Geschäftsfähigkeit	251
2. Konstitutive/deklarative Wirkung	252
3. Ehefähigkeit; Testierfähigkeit; Berufsbeschränkungen; Wahlrecht	252
4. Deliktsfähigkeit	253
V. Person des Sachwalters	253
1. Auswahl; Vereins-sachwalterschaft	253
2. Rechte und Pflichten des Sachwalters	255
3. Beendigung der Sachwalterschaft	256
4. Belohnung des Sachwalters	256
VI. Sachwalterbestellungsverfahren	257
1. Einleitung des Verfahrens	257
2. Erster gerichtlicher Verfahrensschritt	257
3. Weitere Verfahrensschritte	258
4. Verständigung von Behörden und Personen mit rechtlichem Interesse	258

5. Rechtsmittel gegen die Sachwalterbestellung	258
VII. Bisherige Entwicklung – Rechtstatsächliches	259
VIII. Exkurs: Unterbringungsgesetz	262
1. UbG 1990.....	262
2. Geltungsbereich	262
3. Voraussetzungen der Unterbringung/Aufnahme	262
17. Juristische Person.....	264
A. Überblick	265
I. Rechtstatsächliches.....	265
II. Allgemeines.....	267
1. JurP als rechtliches (Kunst)Gebilde mit Rechtspersönlichkeit.....	267
2. Handeln der JurP.....	267
3. Rechtliche Gebilde zwischen natP und voll ausgebildeter JurP	268
B. Wesen der juristischen Person.....	272
I. Theorien.....	272
1. Fiktionstheorie	272
2. Genießertheorie.....	273
3. Organtheorie	273
4. Theorie von der sozialen Realität	273
II. Ergebnis	273
1. Rechtsordnung verleiht Rechtsfähigkeit.....	273
2. Volle und geminderte Rechtsfähigkeit/Teilrechtsfähigkeit.....	273
3. Rechtsträger	274
4. Ausländische JurPn	274
C. Erscheinungsformen juristischer Personen	275
I. Personenverbände – Stiftung (Anstalt)	275
1. Personenverbindungen	275
2. Verbandspersonen.....	275
II. Rechtliches Verselbständigen zu Sonderzwecken.....	275
1. Allgemeines.....	275
2. Beispiele	276
III. JurPn des privaten und öffentlichen Rechts	277
1. Unterscheidungskriterien.....	277
2. Entstehungsakt	277
IV. Universitäten und Hochschulen	279
1. Teilsrechtspersönlichkeit.....	279
2. Privatrechtsfähigkeit nach § 2 II lit. a UOG.....	279
3. Privatrechtsfähigkeit nach § 2 II lit. b UOG	280
4. Bundeskonferenzen; Rektorenkonferenz	281
V. Gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften.....	281
1. Anerkennung	281
2. Innere Angelegenheiten	281
3. Kirchenbeitragspflicht	282
4. Untergliederungen gesetzlich anerkannter Kirchen- und Religionsgemeinschaften	283
5. Gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgemein- schaften in Österreich.....	285
6. Gesetzlich nicht anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften ...	286
D. Rechts- und Handlungsfähigkeit juristischer Personen.....	286
I. Rechtsfähigkeit.....	286
1. Vermögensfähigkeit	287
2. Partei-, Konkurs-, Ausgleichsfähigkeit.....	287
3. Persönlichkeitsrechte	287
4. Gleichberechtigung.....	288
5. Keine Staatsangehörigkeit	289

6. JurP als Mitglied einer andern jurP	289
7. Bevollmächtigung von jurPn.....	289
8. JurP als Ausgleichs- und Masseverwalter, Testaments- vollstrecker	289
9. JurP als Erbe, als Erblasser?	290
10. Keine Familienrechte	290
11. Tendenzbetriebe	290
II. Handlungsfähigkeit.....	290
III. Geschäftsfähigkeit.....	291
1. ultra-vires-Lehre	291
2. Ablehnung der ultra-vires-Lehre aus Verkehrssicherheits- überlegungen	291
3. Mittelmeinung	291
4. ultra-vires im Bereich der Rechtsfähigkeit oder der Handlungsfähigkeit?.....	292
5. Gedanke maßvoller Verkehrssicherheit	293
6. Verkehrsschutz gegenüber Kapitalgesellschaften.....	293
IV. Deliktsfähigkeit	294
E. Geschäftsfähigkeit jurPn des öffentlichen Rechts, insb. von Gemeinden (§ 867)	295
I. Allgemeines.....	295
1. Zahl der Gemeinden in Österreich.....	295
2. § 867	295
3. Anwendung des § 867 auf alle jurPn öffentlichen Rechts	295
4. Schutz der Allgemeinheit	296
5. Selbstbindungs- oder Statutargesetze.....	297
II. Beschränkung der Geschäftsfähigkeit	297
1. § 867 betrifft die Geschäftsfähigkeit.....	297
2. Einhalten der Kompetenzregeln	298
3. Vertrauen auf den äußeren Tatbestand	298
4. Judikaturbeispiele.....	299
5. Vertrauen auf den äußeren Tatbestand und Anscheinsvollmacht	300
III. Rechtsfolgen nach § 867	301
1. Vernünftige Rechtsfolgen.....	301
2. Einzelne Fälle von Verstößen gegen § 867 und ihre Rechtsfolgen	301
3. Haftung für inkompetentes Handeln für jurPn	305
IV. Judikatur zu § 867	306
1. Allgemeines.....	306
2. Beschränkung der Vertretungsmacht oder der Handlungsfähigkeit?.....	306
3. Judikaturbeispiele.....	307
4. Beschränkungen nur im Innenverhältnis	311
V. Schrifttum zu § 867	312
1. Verschiedene Auffassungen	312
2. Verkehrsschutz.....	312
F. Haftung juristischer Personen	316
I. Allgemeines.....	316
1. Vertragliche und deliktische Haftung	316
2. Umfang der deliktischen Haftung	317
3. Gesetzliche Erfüllungsgehilfenhaftung	317
II. Judikatur vor dem Einfluß des dtBGB (1. Phase).....	319
1. Allgemeines.....	319
2. Beispiele zur vertraglichen Haftung jurPn	319
3. Deliktshaftung.....	321
4. Beispiele zur deliktischen Haftung jurPn	322

III.	Judikatur unter dem Einfluß des dtBGB (2. Phase).....	324
	1. Allgemeines.....	324
	2. Beispiele	325
IV.	Herausbilden einer Mittelmeinung (3. Phase)	329
	1. Allgemeines.....	329
	2. Beispiele	330
V.	Zusammenfassung – Ergebnis – Ausblick	334
VI.	Sonderprobleme von Zurechnung und Haftung bei jurPn	337
	1. Trennungsprinzip.....	337
	2. Durchbrechung des Trennungsprinzips	337
	3. Durchgriffslehren.....	338
	4. Durchgriffsproblematik nach österr. Recht.....	339
	5. Brauchbare Judikaturansätze zur Lösung der Durchgriffsproblematik.....	341
	6. Durchgriffsproblematik bei natPn	341
	7. Zuordnung von Verhalten an jurPn für Rechtserwerb und Rechtsverlust	342
18.	Verein und Stiftung/Fonds	346
	A. Der Verein	347
	I. Allgemeines.....	348
	1. Definition des Vereins	348
	2. Vereinsaufsicht	348
	3. Konzessionssystem; Vereinsfreiheit; Normativsystem; Anmeldungssystem	348
	II. Entwicklung des Vereinsrechts in Österreich	349
	1. Vor 1867.....	349
	2. Seit 1867	349
	3. Geltendes Recht	350
III.	Entstehung und Rechtsfähigkeit.....	353
	1. Vorgründungs- und Vorgesellschaft	353
	2. Erlangen der Rechtsfähigkeit	354
IV.	Verfassung.....	355
	1. Rechtsnatur und Auslegung von Vereinsstatuten	355
	2. Schriftlichkeit – Observanz	356
	3. Mindestinhalt der Satzung.....	357
	4. Ausgestaltung der Satzung	357
	5. Statutenänderung	357
V.	Mitgliedschaft.....	357
	1. Mitglieder.....	357
	2. Erwerb der Mitgliedschaft.....	357
	3. Rechte und Pflichten.....	358
	4. Drittrechte	359
	5. Erlöschen der Mitgliedschaft	359
	6. Erlöschen der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten	362
	7. Vereinsschiedsgerichte.....	363
VI.	Organe.....	366
	1. Handeln durch Organe.....	366
	2. Mitgliederversammlung, Vorstand, Kontrollorgan, Schiedsgericht	366
	3. Vertretungsmacht/Organstellung	367
	4. Beschlüsse; Satzungsänderung	367
	5. Haftung des Vereins für Organe.....	368
VII.	Erlöschen (Auflösung).....	368
	1. Selbstauflösung.....	368
	2. Wegfall sämtlicher Mitglieder	368

3. Auflösung durch Bescheid; Konkursöffnung	369
4. Rechtspersönlichkeit bis zur Beendigung der Liquidation	370
5. Verlegung des Sitzes ins Ausland	371
6. Fusion (Verschmelzung).....	371
7. Umwandlung der Rechtsform	372
Anhang: Politische Parteien	372
1. Entwicklung der Rechtsfähigkeit	372
2. Rechtslage nach dem ParteienG 1975.....	373
3. Zweig-, Teil-, Unter- oder Gebietsorganisationen	375
4. Wahlparteien.....	375
5. Parlamentsklubs	376
B. Die Stiftung	376
I. Begriff.....	376
1. Gemengelage von Privatrecht und öffentlichem Recht	376
2. Definition.....	377
3. „Gemeinnützigkeit“ und „Mildtätigkeit“	377
4. Rechtsquellen	379
5. Statistisches	379
6. Wesentliche Merkmale	380
II. Entstehung	380
1. Stiftungsakt	380
2. Behördliche Genehmigung.....	381
III. Verfassung und Organe	382
1. Stiftungssatzung	382
2. Satzungsänderung; Organe	384
3. Tätigwerden der Stiftung.....	385
IV. Vermögenserwerb	385
1. Übertragungsakt.....	385
2. Letztwillige Zuwendung	386
V. Destinatäre	386
VI. Stiftungsbehörden, Staatsaufsicht, Abänderung/Permutation und Auflösung der Stiftung.....	387
1. Stiftungsbehörden	387
2. Staatsaufsicht	387
3. Stiftungskommissär.....	388
4. Abänderung und Aufhebung der Stiftung	388
5. Interessenkollisionen	389
6. Erlöschen	389
7. Grenzen des Aufsichtsrechts.....	390
C. Fonds	390
1. Definition; Errichtung	390
2. Unterschiede zur Stiftung	391
3. Staatliche Aufsicht.....	392
4. Beispiele privater und öffentlichrechtlicher Bundes- und Landesfonds	392
D. Register für Stiftungen und Fonds	392
19. Rechtsobjekt (Sache), Begriff und Arten	393
A. Begriff – Vergleich mit anderen Kodifikationen	394
I. „Was von der Person unterschieden ist“	395
1. Mensch ist Person, nicht Sache	395
2. Leichnam.....	395
3. Körperteile	395
4. Dienstleistungen; Hand- und Kopfarbeiten	396
5. Forderungen	397
6. Familienrechte	397
7. Tiere.....	397

II.	„und zum Gebrauche der Menschen dient“	398
1.	Gegenstände außerhalb des menschlichen Bereichs	398
2.	Sachen des Gemeingebrauches (res communes omnium)	398
3.	Körperliche und unkörperliche Sachen	398
4.	Einheitliche Sachen	400
5.	res extra commercium	400
III.	Sachenrechte	400
B. Arten der Sachen	401
I.	Übersicht	401
II.	Bewegliche und unbewegliche Sachen	401
1.	Begriff	402
2.	Bedeutung der Einteilung	402
3.	Tiere	403
4.	Vermögen	403
5.	Ware	404
6.	Geld	404
III.	Verbrauchbare und unverbrauchbare Sachen	404
1.	Begriff	404
2.	Abweichende Bestimmung	404
3.	Bedeutung der Einteilung	405
4.	Übergänge	405
IV.	Vertretbare und unvertretbare Sachen	405
1.	Begriff	405
2.	Abweichende Bestimmung	405
3.	Bedeutung der Einteilung	405
4.	Vergleich verbrauchbare/unverbrauchbare und vertretbare/ unvertretbare Sachen	406
V.	Teilbare und unteilbare Sachen	406
1.	Begriff	406
2.	Abweichende Bestimmung	408
3.	Bedeutung der Einteilung	409
4.	Wohnungseigentum durch richterliche Realteilung	410
VI.	Schätzbare und unschätzbare Sachen	410
1.	Schätzbare Sachen	410
2.	Unschätzbare Sachen	410
3.	Bedeutung der Einteilung	410
VII.	Wert und Preis – §§ 304-306	410
1.	Wert und Preis	410
2.	Ordentlicher/gemeiner und außerordentlicher Wert/Preis	411
3.	Gemeiner/objektiver Wert	411
4.	Außerordentlicher/subjektiver Wert	412
5.	Wert der besonderen Vorliebe	413
VIII.	Nicht verkehrsfähige Sachen	413
1.	res omnium communes	413
2.	Geweihte Gegenstände	414
3.	Sachen im Gemeingebrauch	414
4.	Besondere Verkehrsverbote	417
5.	Nicht verkehrsfähige Rechte	419
20. Zugehör: Bestandteil und Zubehör – Gesamtsache, Vermögen, Unternehmen	419
I.	Problem	420
1.	Arten der Sachverbindung	420
2.	Sonderrechtsfähigkeit	420
3.	Einflußnahme der Rechtsordnung	421
II.	Zugehör – § 294	421
1.	Umfassender Begriff	421

2. Zugehör zu Liegenschaften	421
3. Körperlicher/wirtschaftlicher Zusammenhang	422
III. Bestandteile	422
1. Unselbständige Bestandteile	422
2. Selbständige Bestandteile	425
IV. Zubehör	425
1. Nebensachen	426
2. Hauptsache	426
3. Zubehörqualität	427
4. Bestimmung/Widmung durch Gesetz oder Eigentümer	428
V. Wirkung und Erlöschen der Zubehöreigenschaft	431
1. Zubehör teilt im Zweifel das rechtliche Schicksal der Hauptsache	431
2. Schuldrechtliche Geschäfte über die Hauptsache erstrecken sich im Zweifel auf das Zubehör	431
3. Anwendungsbeispiele	431
4. Zubehöreigenschaft von Vorräten und abgedesonderten Früchten	433
5. Erlöschen der Zubehöreigenschaft	433
VI. Maschinen – § 297 a	435
1. Voraussetzungen	435
2. Anmerkung der Maschine im Grundbuch	436
3. Unterlassung der Anmerkung	437
4. Mastkreditgesetz	438
VII. Früchte/Zuwachs	438
1. Natürliche Früchte	438
2. Zivilfrüchte	440
3. Bedeutung des Fruchtbegriffs	440
VIII. Gesamtsache – § 302	440
1. Voraussetzungen; Beispiele	440
2. Praktische Bedeutung	441
IX. Unternehmen	443
1. Persönliche Komponenten	443
2. Unternehmen als Gegenstand des Rechtsverkehrs	444
X. Vermögen	444
1. Begriff	444
2. Dingliche Rechte am Vermögen	444
XI. Unternehmen und Vermögen als Haftungsgrundlage	445
1. Kredit- und Haftungsgrundlage	445
2. Haftung des Erwerbers eines Vermögens	445
3. Unternehmen: bewegliche oder unbewegliche Sache?	445

Dritter Teil

Juristischer Tatbestand, insbesondere das Rechtsgeschäft

21. Juristischer Tatbestand	447
A. Lehre vom Rechtssatz	447
1. Tatbestand und Rechtsfolge	447
2. Subsumtion	447
3. Juristische Tatsache	447
B. Arten der juristischen Tatsachen	448
C. Die Handlung	448
I. Begriff	448
1. Abgrenzung	448
2. Unterlassen	449
3. Unwillkürliche Körperbewegung	449
II. Arten	449
1. Rechtswidriges/widerrechtliches/unerlaubtes Verhalten	449

2. Willenserklärung/Wissenserklärung	449
3. Rechtshandlungen und Realakte	450
4. Wissens- und Gefühlsäußerungen	450
5. Konsequenzen der Unterscheidung	450
D. Rechtserwerb, Rechtsverlust, Rechtsänderung	451
1. Rechtserwerb/-verlust	451
2. Rechtserwerb/-verlust durch Willensakt	451
3. Originärer/derivativer Erwerb	451
4. Singularsukzession/Universalsukzession	452
5. titulus und modus acquirendi	453
6. Rechtsänderung	453
22. Das Rechtsgeschäft und seine Auslegung	453
A. Rechtsgeschäft	455
I. Begriff des Rechtsgeschäftes	455
1. Private Willenserklärung	455
2. Gerichtet auf Rechtswirkung	455
3. Willensgemäßer Eintritt der Rechtswirkung	455
4. Rechtmäßiger Erfolg	455
II. Willenserklärung als wesentlicher Teil des Rechtsgeschäftes	455
III. Die Vorgänge bei der Willenserklärung	457
1. Wille und Erklärung	457
2. Willensäußerung	457
3. Willensbetätigung	457
4. Schlüssige (konkludente) Handlungen	457
5. Ausdrückliche/stillschweigende Willenserklärung	457
6. Handlungs-, Geschäfts-, Erklärungswille	460
B. Auslegung	461
I. Allgemeines	461
1. Unterschiede zur Auslegung von Gesetzen	461
2. Auslegungsregeln des ABGB	462
II. Gegenstand der Auslegung	462
1. Auslegung von Verträgen, einseitigen Rechtsgeschäften und Vorverhandlungen – § 914	462
2. Bedeutung und Wirkung von Handlungen und Unter- lassungen – § 863 II	463
3. Treu und Glauben	463
4. Zeitpunkt der Errichtung des Geschäftes	463
III. Stufen der Auslegung	464
1. Wörtlicher Sinn der Erklärung	464
2. Logisch-grammatische Auslegung	465
3. Klare Absicht	465
4. Übung des redlichen Verkehrs	467
5. Stufenweises Fortschreiten der Auslegung von Gebunden- heit zu größerer Freiheit	469
IV. Übung des redlichen Verkehrs und hypothetischer Parteiwille	470
1. Redliche Verkehrssitte	470
2. Geltung für alle Beteiligten	471
3. Auslegung des Parteiwillens durch Verkehrssitte	471
4. Vertragsergänzung durch Verkehrssitte; hypothetischer Parteiwille	471
V. Umdeutung (Konversion)	474
VI. Grenzen der Auslegung	474
VII. Revisibilität und Auslegung	475
VIII. § 914 und § 863 II als Instrumente der Rechtsfortbildung	475
IX. § 915	475

1. § 915, 1. Halbs. – unentgeltliches Geschäft.....	476
2. § 915, 2. Halbs. – Unklarheitenregel	476
3. § 915 – Verweis auf § 869	478
23. Einteilung der Rechtsgeschäfte	478
A. Nach Entstehung	478
I. Das einseitige Rechtsgeschäft.....	478
1. Willenserklärung einer Partei.....	478
2. Bloße Abgabe der Erklärung; empfangsbedürftige Willenserklärung ..	478
II. Das zweiseitige Rechtsgeschäft – Vertrag	479
1. Korrespondierende Willenserklärung zweier Parteien	479
2. Zwei-Parteien-Verhältnis	479
III. Mehrseitige Rechtsgeschäfte	479
B. Nach Wirkungen	481
I. Haupteinteilung	481
II. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte.....	481
III. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen	481
IV. Entgeltliche und unentgeltliche Rechtsgeschäfte	481
1. Allgemeines.....	481
2. Gesetzliche Vorschriften	482
3. Entgeltfremde Rechtsgeschäfte.....	482
4. Einseitig/gegenseitig verpflichtende Verträge	482
V. Verfügungs- und Verpflichtungsgeschäfte.....	483
1. Verfügung	483
2. Verpflichtung.....	483
3. Rechte, über die man nicht verfügen kann	483
4. Übergabe/Tradition	483
5. Liegenschaftsverwaltung	483
VI. Kausale und abstrakte Rechtsgeschäfte.....	483
1. causa (Titel/Rechtsgrund)	483
2. Abstrakte Geschäfte.....	484
VII. Treuhandgeschäfte	486
24. Vertragsschluß – und überhaupt Wirksamwerden empfangsbedürftiger	
Willenserklärungen	486
A. Wirksamwerden empfangsbedürftiger Willenserklärungen.....	487
I. Das Problem	487
1. Empfangsbedürftigkeit	487
2. Theorien.....	487
3. §§ 862, 862 a.....	488
4. Vertrauenslehre.....	488
II. Erklärung unter Anwesenden	489
1. Mündliche Erklärung von Person zu Person	489
2. Telefonische Erklärung von Person zu Person	489
3. Übergabe schriftlicher Erklärungen an Anwesende	490
4. ‚Richtigstellung‘.....	490
III. Erklärung an Abwesende	490
1. Arten	490
2. Wirksamwerden	490
IV. Empfangstheorie – Empfangsbote.....	491
1. Grundsätzliches.....	491
2. Zugang.....	492
3. Vereitelung des Zugangs (Vogel-Strauß-Theorie)	494
4. Erklärender stirbt vor Empfang oder wird handlungsunfähig	495
5. Zugang/Rechtzeitigkeit einer Erklärung	495
6. UN-Kaufrecht.....	496

B. Vertragsschluß	496
I. Allgemeines.....	496
1. Antrag und Annahme	496
2. Wirksamer Antrag.....	496
3. Abgrenzung zu Vorverhandlungen.....	498
II. Erfordernisse des Antrags	498
1. Erfordernisse	498
2. Fehlen der Erfordernisse	499
3. Antragsinhalt	499
4. UN-Kaufrecht	500
III. Beginn der Antragsbindung	500
1. Existenz/Wirksamwerden des Antrags	501
2. Gestaltungsrecht des Oblaten	502
3. Änderung der Umstände vor Annahme.....	502
4. UN-Kaufrecht	502
IV. Dauer der Antragsbindung	503
1. Befristete Offerte.....	503
2. § 862 Satz 2	503
3. Angebote an nicht voll Geschäftsfähige.....	504
4. Angebote an jurPn insb. des öffentlichen Rechts	505
5. UN-Kaufrecht	505
V. Selbständige Wirkungen des Antrags	506
1. Antrag als einseitiges Rechtsgeschäft	506
2. Bindende Kraft des Antrags	506
3. Formvorschriften	506
4. Optionsrecht.....	506
VI. Annahme	506
1. Rechtzeitigkeit	506
2. Judikaturbeispiele.....	507
3. UN-Kaufrecht	507
25. Vertragsschluß: Sonderfälle	508
A. ‚Angebote‘ an unbestimmte Personen.....	509
1. Einladung zur Offertstellung; Offerte solange der Vorrat reicht.....	509
2. Auslobung.....	510
3. Versteigerung.....	510
4. UN-Kaufrecht	510
B. Das Freibleibend-Offert.....	511
1. Freibleibend-Offert	511
2. Klausel ‚Preise freibleibend‘ (Zirkapreis-Klausel).....	511
C. Veränderte Annahme.....	514
1. Unveränderte/veränderte Annahme.....	514
2. Beispiele	514
3. UN-Kaufrecht	515
D. Verspätete Annahme.....	515
1. Verspäteter Zugang	515
2. Ausnahme § 862 a Satz 2	516
3. UN-Kaufrecht	516
E. Sich kreuzende Anträge	516
F. Verzicht auf ausdrückliche Annahme.....	516
1. Realoffert; Schweigen auf Realofferte; § 864 als Unterfall des § 863?.....	516
2. Vertragsschluß durch Erfüllungs- oder Aneignungshandlung	518
G. Annahme durch Schweigen	519
I. Im allgemeinen gilt Schweigen als Ablehnung	519
II. Schweigen gilt kraft Gesetzes als Zustimmung	520
III. § 362 HGB (Antrag zur Geschäftsbesorgung).....	520

IV. § 1003 ABGB.....	521
V. Äußerungspflicht nach Treu und Glauben.....	521
1. Judikaturbeispiele.....	521
2. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben; ständige Geschäfts- verbindung; Mitteilungs(Aufklärungs)pflcht; Verwirkung.....	523
VI. Mehr zu Konkludenz und Stillschweigen.....	529
1. Abgrenzung Konkludenz/Stillschweigen.....	529
2. Zugang konkludenter Willenserklärungen.....	530
3. Konkludenz und Stillschweigen bei jurPn.....	531
4. Judikaturbeispiele.....	531
H. Vermutete Willenserklärungen.....	535
I. Verwahrung, Vorbehalt.....	536
J. Kontrahierungs(Abschluß)zwang.....	537
I. Grundsätzliches.....	537
1. Definition.....	537
2. Grundsätzlich Vertragsfreiheit; Monopolstellung; Kontrahierungszwang der öffentlichen Hand.....	537
3. Kontrahierungszwang und/oder unmittelbar gesetzlicher Leistungsanspruch.....	538
II. Judikaturbeispiele zum Kontrahierungszwang.....	539
III. Formulierungsbeispiele von Klagebegehren bei Kontrahierungszwang..	541
K. Vertragsschluß unter Zugrundelegung von AGB.....	542
1. Verwendung von AGB.....	542
2. Beide Vertragsteile legen ihre AGB zugrunde.....	543
3. Bestimmungen ungewöhnlichen Inhalts.....	543
L. Exkurs: Zu Funktion und Entwicklung des Vertrags.....	545
26. Erfordernisse und Mängel des Rechtsgeschäftes.....	547
A. Erfordernisse.....	547
1. Fähigkeiten der Person.....	547
2. Wahre Einwilligung.....	547
3. Möglichkeit und Erlaubtheit.....	547
4. Form, wenn solche vorgesehen.....	547
B. Das mangelhafte Rechtsgeschäft.....	547
1. Mangelhaftes Rechtsgeschäft – überhaupt kein Rechtsgeschäft.....	547
2. Wirkungen.....	547
3. Mängel in der Wurzel.....	548
C. Wirkungen der Mängel.....	548
I. Allgemeines.....	548
II. Nichtigkeit.....	549
1. Endgültiges Versagen rechtsgeschäftlicher Wirkungen.....	549
2. Absolute/relative Nichtigkeit.....	550
3. Nichtigkeit ist von Amts wegen wahrzunehmen.....	550
4. Heilung der Nichtigkeit.....	550
5. Umdeutung (Konversion).....	550
6. Voll- und Teilnichtigkeit.....	554
7. Gültigkeitserfordernisse letztwilliger Anordnungen.....	557
8. Ehenichtigkeit.....	557
III. Anfechtbarkeit.....	557
1. Fall der Vernichtbarkeit.....	557
2. Anfechtungsberechtigter – Anfechtungsgegner.....	557
3. Klage oder Einrede.....	557
4. Befristetes Anfechtungsrecht.....	558
5. Bestreitung der Ehelichkeit des Kindes.....	558
6. Aufhebung der Ehe.....	558
7. Anfechtbare und schwebend unwirksame Geschäfte.....	558

IV. Rechtsfolgen der Vernichtung des Rechtsgeschäftes = sog. Rückabwicklung.....	558
1. Rückabwicklung.....	558
2. Dauerrechtsverhältnisse.....	559
3. Vertrauensschaden	559
D. Zusammenfassung.....	560
27. Handlungsfähigkeit, Handlungsunfähigkeit, beschränkte Handlungs- fähigkeit, Volljährigkeit	561
A. Handlungsunfähigkeit	562
I. Geschäftsunfähigkeit	562
1. Von Kindern	562
2. Von Personen, die unter Sachwalterschaft stehen.....	563
3. Deklarative und konstitutive Wirkung der Sachwalterschaft	564
4. Von Handlungsunfähigen, für die kein Sachwalter bestellt ist.....	565
II. Deliktsunfähigkeit.....	566
1. Von Kindern	566
2. Während vorübergehender Sinnesverwirrung.....	566
3. Bei Geisteskrankheit	566
4. §§ 1308, 1309, 1310	567
III. Rechtshandlungen	567
B. Beschränkte Handlungsfähigkeit	567
I. Geschäfte.....	567
1. Geschäfte Minderjähriger.....	567
2. Berechtigende/verpflichtende Geschäfte	567
3. Eheschließung; Testament.....	569
4. Schwebende Unwirksamkeit.....	569
5. Zustimmung als Rechtsbedingung	571
6. Analoge Anwendung des § 865 bei Zustimmung Dritter	572
7. Abgabe empfangsbedürftiger Willenserklärungen an Handlungsunfähige.....	572
8. Rechtshandlungen	572
II. Ausnahmen	572
1. § 151 II	573
2. § 151 III.....	575
3. § 152	575
4. Redlicher Erwerb durch Dritte.....	577
5. Prozeßfähigkeit	577
6. § 866	579
III. § 154: Stufen der Zustimmungserfordernisse	582
1. Vertretung durch jeden Elternteil für sich allein.....	583
2. Zustimmung beider Elternteile	583
3. Zustimmung beider Elternteile und pflegschaftsgerichtliche Genehmigung	584
4. Pflegschaftsgerichtliche Genehmigung	589
IV. Delikte.....	592
1. Delikte Minderjähriger und unter Sachwalterschaft stehender Personen	592
2. Judikaturüberblick	592
3. Überlegungen de lege ferenda.....	594
V. Kurzzusammenfassung.....	595
C. Volljährigkeit.....	595
1. Erlöschen der Obsorge für das Kind.....	595
2. Verlängerung der Minderjährigkeit.....	596
3. Verkürzung der Minderjährigkeit	596
4. Volljährigkeit durch Eheschließung	597

28. Willensmängel: Allgemeines – Geheimer Vorbehalt - Scheingeschäft	597
A. Allgemeines	597
I. Das Problem	597
II. Entwicklung	598
1. Willentheorie.....	598
2. Erklärungstheorie.....	598
3. Vertrauenseheorie.....	598
III. Übersicht.....	599
IV. „Freie“ Einwilligung.....	599
V. „Unbestimmt“ und „unverständlich“.....	601
VI. Kumulierung und Konkurrenz	601
1. Kumulierte Geltendmachung von Willensmängeln.....	601
2. Konkurrenz mit anderen Anspruchsgrundlagen	602
3. Behauptungs- und Beweislast	602
VII. Anhang: Wahlkindschaft; Vaterschaftsanerkenntnis	603
B. Geheimer Vorbehalt (Mentalreservation)	603
1. § 869 Satz 3	603
2. Judikaturbeispiele.....	604
C. Mangelnde Ernstlichkeit. § 869	604
1. Erklärungen ohne Rechtsfolgen	604
2. Erklärungen mit Rechtsfolgen	604
3. Judikaturbeispiele (Geschäfte mit Alkoholisierten).....	605
4. Beispiele aus dem Arbeitsrecht	606
5. Mangelnde Ernstlichkeit als bloße Tatfrage?.....	606
D. Scheingeschäft (Simulation). § 916 I Satz 1 und II.....	606
I. Tatbestand.....	606
1. Erklärender und Anerklärter handeln im Einverständnis	606
2. (Schein)Erklärungen vor Behörden.....	606
3. Absicht vor/bei Vertragsschluß	607
II. Rechtsfolgen	607
1. Nichtigkeit.....	607
2. Ausnahmsweise Gültigkeit: § 916 II	607
E. Dissimulation. § 916 I Satz 2	608
1. Verdeckendes Scheingeschäft, verdecktes wahres Geschäft.....	608
2. Dissimulation und Umwegs(Umgehungs)geschäft.....	610
3. Treuhand.....	613
29. Drohung und Täuschung. §§ 870, 874, 875, 565.....	614
A. Drohung.....	614
1. Furcht.....	614
2. vis compulsiva – vis absoluta.....	616
3. Ankündigung eines drohenden Übels.....	616
4. Unmittelbar nur einen Dritten treffendes Übel	616
5. Bewirkung einer Zwangslage	616
6. Gegründete Furcht – subjektiver Maßstab	616
7. Putativdrohung.....	617
8. Rechtswidrigkeit	617
9. Weitere Judikaturbeispiele	617
B. Täuschung.....	618
1. Begriff.....	618
2. Vorspiegelung falscher Tatsachen.....	618
3. Täuschung durch konkludente Handlungen, durch Schweigen.....	620
4. Täuschungsanfechtung – Irrtumsanfechtung	621
5. Arglistig herbeigeführte Vergleiche.....	623
C. Gemeinsame Erfordernisse	623
1. Veranlassung.....	623

2. Folge der Täuschung/Drohung	623
3. Schädigung ist nicht notwendig	623
4. Bewirktes Verhalten muß keine Vermögensverfügung sein.....	623
5. Arglist beim Geltendmachen von Rechten	624
D. Rechtsfolgen.....	624
1. Anfechtung, Vertragsanpassung	624
2. Wahl des Rechtsmittels.....	625
3. Drohung oder Täuschung durch Dritten.....	625
4. Wer ist Dritter?	626
5. Genugtuung.....	626
6. Anfechtung und volle Genugtuung sind voneinander unabhängig.....	627
7. Schadenersatz bei fahrlässiger Irreführung.....	628
8. Kein Verzicht auf Vertragsanfechtung.....	628
30. Irrtum – Allgemeines	629
A. Begriff 629	
1. Irrtum, Unwissenheit; bewußtes Nichtwissen	629
2. Rechtsirrtum/Tatsachenirrtum	630
3. Entschuldbarer/unentschuldbarer Irrtum	630
4. Irrtum bei Erfüllung	631
B. Erklärungs-, Geschäfts-, Motivirrtum.....	631
I. Motivirrtum.....	631
II. Erklärungsirrtum	632
1. Mißlungene Erklärung.....	632
2. Mißlungene Übermittlung	632
3. Mißlungener Erklärungsempfang.....	632
III. Geschäftsirrtum.....	633
1. Irrtum im Geschäft selbst.....	633
2. Eigenschaftsirrtum.....	633
3. Judikaturbeispiele.....	634
IV. Unterscheidung zwischen den Irrtumsarten	635
31. Wesentlicher Irrtum.....	636
A. Begriff 637	
1. § 871: Erklärungs- und Geschäftsirrtum; § 902 Satz 2: Motivirrtum.....	637
2. Wesentlicher und unwesentlicher Irrtum	637
3. Unterscheidungskriterien	637
B. Anwendungsfälle des § 871	638
1. Irrtum über das Geschäft selbst.....	638
2. Irrtum über den Gegenstand/wesentliche Eigenschaften.....	638
3. Irrtum über die Person	638
4. Wesentlichkeit von Nebenumständen	639
C. Weitere Erfordernisse nach § 871.....	640
I. Allgemeines.....	640
II. Die drei Fälle des § 871.....	640
1. „veranlaßt war“	640
2. „offenbar auffallen mußte“	643
3. „rechtzeitig aufgeklärt wurde“	645
D. Ein Dritter veranlaßt den Irrtum. § 875.....	647
E. Anfechtung.....	649
I. Voraussetzungen	649
1. Wer kann anfechten?	649
2. Anfechtung gegen den andern Teil.....	649
3. Anfechtung durch Klage/Einrede.....	649
4. Verzicht auf Irrtumsanfechtung	650
5. Verjährung	651

II. Wirkungen der Anfechtung	651
1. Grundsätzlich Aufhebung ex tunc – Umfang der Rückstellung	651
2. Teilweise Aufhebung/Restgültigkeit	652
3. Dauerschuldverhältnisse: Auflösung ex nunc	652
32. Irrtum (Schluß) – Wegfall der Geschäftsgrundlage	652
A. Unwesentlicher Irrtum, § 872	653
I. Fälle	653
1. Erklärungs- oder Geschäftsirrtum	653
2. Erhebung eines Nebenumstandes zur vorzüglichen Absicht	653
3. Irrtum über Nebenumstände	653
4. Irrtum über Nebenabreden	654
II. Weitere Erfordernisse	654
III. Angemessene Vergütung	654
1. Vertragsanpassung, -korrektur	654
2. Nur bei unwesentlichem Irrtum	655
3. Verhältnismäßige Minderung der Leistung/Erhöhung der Gegenleistung	657
4. Angemessene Vergütung ist nicht Schadenersatz	657
5. Geltendmachen durch Klage/Einrede	658
B. Gemeinsamer Irrtum – falsa demonstratio	658
I. Gemeinsamer Irrtum	658
1. Keine gesetzliche Regelung	658
2. ‚Vierter Fall des § 871‘	658
3. Gemeinsamer unwesentlicher Irrtum	658
4. Dissens	658
II. falsa demonstratio	658
1. Irrtum in der Bezeichnung	658
2. falsa demonstratio non nocet	659
3. Judikaturbeispiele	659
C. Irrtum und Dissens	660
I. Abgrenzung im allgemeinen	660
1. Nach Tatbestand und Rechtsfolge	660
2. Offener Dissens	660
3. Judikaturbeispiele	660
II. Versteckter Dissens	661
1. Unvollständige Einigung	661
2. Erklärungen stimmen dem Wortlaut nach nicht überein	662
3. Erklärungen sind zweideutig und jeder versteht sie anders	662
4. Judikaturbeispiele	663
D. Motivirrtum – Wegfall der Geschäftsgrundlage	664
I. Motivirrtum	664
1. Irrtum über den Beweggrund	664
2. Motiv: außerhalb des Geschäftes liegende Vorstellung	665
3. Abgrenzung Motivirrtum – Geschäftsirrtum	665
4. Rechtsgrund ist nicht Beweggrund	669
5. Beachtlichkeit des zur Bedingung erhobenen Beweggrundes	669
6. Durch Täuschung hervorgerufener Motivirrtum	670
7. Geschäftsgrundlage	670
8. Wo ist der Beweggrund sonst von Bedeutung	670
II. Geschäftsgrundlage als Voraussetzung und ihr Wegfall – clausula rebus sic stantibus	670
1. § 901 Satz 2: Beachtlichkeit von Motiven	671
2. Wegfall der Geschäftsgrundlage	672
3. Mit Wegfall der für ein Geschäft typischen Voraus- setzungen fällt das Geschäft dahin	674

4. Wesentliche Änderung der Verhältnisse bei einseitigen Gestaltungsrechten/Optionen	676
5. Verjährung	676
6. Rechtsfolgen	676
7. Judikaturbeispiele	676
8. Konkurrenzprobleme	681
33. Möglichkeit und Erlaubtheit. §§ 878, 879, 880	681
A. § 878	682
1. Anfängliche (ursprüngliche) Unmöglichkeit	682
2. Dauernde Unmöglichkeit	682
3. Faktische/rechtliche Unmöglichkeit	683
4. Objektive/subjektive Unmöglichkeit	683
5. Unzumutbarkeit, Unerschwinglichkeit der Leistung	683
6. impossibilium nulla obligatio?	683
7. Nicht jede ursprüngliche, dauernde Unmöglichkeit bewirkt Ungültigkeit des Vertrages	684
8. Geradezu Unmögliches – Absurdes	684
9. Mittelbares Anwendungsgebiet des § 878	685
B. Unerlaubtheit. Allgemeines	685
1. Gesetzliches Verbot, gute Sitten	685
2. § 879 und § 1295	685
3. Judikaturbeispiele	685
4. Wann ist ein Vertrag unerlaubt?	686
5. Unerlaubtheit im Zeitpunkt des Vertragsschlusses; nachträgliche Unerlaubtheit	687
6. Objektive Rechtswidrigkeit genügt	687
7. Anfechtung auch wenn trotz Kenntnis kein Vorbehalt gemacht wurde	687
C. Gesetzliches Verbot	688
I. Die Verbotsnorm bestimmt selbst die Rechtsfolge	688
1. Nichtigkeit	688
2. Strafe	689
3. Relative Nichtigkeit	689
4. Teilnichtigkeit/Restgültigkeit	690
5. Schwebende Unwirksamkeit bei Ausstehen einer behördlichen Zustimmung	691
6. Verbot richtet sich gegen Verpflichtungs- oder Erfüllungsgeschäft, oder gegen beide	691
II. Die Verbotsnorm spricht sich über die Rechtsfolge nicht aus	692
1. Verkauf nach Ladenschluß	692
2. Preisregelungsvorschriften	692
3. Heilung durch Anerkennung	693
4. Rückforderungsansprüche	693
III. Umgehung	693
1. Ausdrückliches gesetzliches Umgehungsverbot	693
2. Allgemein ist unerlaubt, was gegen den Gesetzeszweck verstößt	694
3. Objektive Vereitelung des Sinns und Zwecks der Verbotsnorm genügt	694
4. Bürgschaftsversprechen als Zweifelsfall	695
5. Scheingeschäft	695
D. Gegen die guten Sitten	695
1. Sittenwidrigkeit als Fall der Rechtswidrigkeit	695
2. Feststellen von Sittenwidrigkeit ist rechtliche Beurteilung	696
3. Gute Sitten und Moral	696
4. Auch verbreitete Unsitten und Mißbräuche sind sittenwidrig	697
5. Funktion der guten Sitten	697

6. Ineinandergreifen von Verbots- und Sittenwidrigkeit.....	701
7. Generalklausel und Sondertatbestände	702
8. Drittwirkung der Grundrechte.....	702
9. Sittenwidrigkeit von rechtskräftigen Urteilen?	705
34. Gruppen unerlaubter Rechtsgeschäfte	706
A. § 879 II Z. 1-3 und III.....	707
1. Entgeltliche Ehemäklererei.....	707
2. Ansichlösen der Streitsache und Streitanteilvereinbarung	707
3. Veräußerung einer erhofften Erbschaft.....	708
4. Gröblich benachteiligende Vertragsbestimmungen in AGB.....	709
B. Wucher (§ 879 II Z. 4) und Verwandtes.....	710
I. Entwicklung	710
1. Altjüdisches Recht	710
2. Römisches Recht	710
3. Deutsches Recht des Mittelalters.....	710
4. ABGB von 1812	710
5. Kaiserliche VO über den Wucher 1914.....	710
6. Wuchergesetz	710
II. Tatbestand.....	710
1. Zwangslage	710
2. Bereicherungsabsicht	711
3. Auffallendes Mißverhältnis	711
III. Rechtsfolgen	712
1. Gänzliche Nichtigkeit; Anfechtung	712
2. Geleistetes ist zurückzustellen	712
C. Andere Gruppen unerlaubter Vereinbarungen/Rechtsgeschäfte	713
I. Ehewidrige Vereinbarungen und Verstöße gegen die Geschlechtsmoral	713
1. Ehewidrige Abkommen	713
2. Verlöbnis ist unklagbar.....	713
3. Fingierter Scheidungsgrund; Verzicht auf künftigen Scheidungsgrund	713
4. Unterhaltsanspruch geschiedener Ehegatten bei Eingehen einer neuen Lebensgemeinschaft	713
5. Zuwendungen zur Förderung ehebrecherischer oder außerehelicher Beziehungen.....	713
6. Prostitution.....	713
II. Unerlaubte Eingriffe in die persönliche Sphäre	714
1. Verpflichtung zum Ortswechsel.....	714
2. Konkurrenz(Wettbewerbs)klausel	714
3. Streik- und Aussperrungsabreden	716
4. Boykott	716
5. Zu große Einschränkung der Selbständigkeit.....	716
6. Was am Urheber- und Erfinderrecht höchst persönlich ist	716
III. Weitere Fallgruppen: Unerlaubte Vereinbarungen im Wirtschaftsleben und Verletzung fremder Forderungsrechte.....	716
1. Mißbrauch von Monopolstellungen, Kartellen	716
2. HfKD 1838 – öffentliche Versteigerung	717
3. Einräumung von Sondervorteilen bei Konkurs oder Ausgleich.....	717
4. Verletzung fremder Forderungsrechte; Doppelveräußerung von Liegenschaften	717
5. Sittenwidrige Vereinbarungen in Lieferverträgen	721
6. Sittenwidrigkeit von Wertsicherungsklauseln	723
IV. Unerlaubte Entgeltverquickung	723
V. Freizeichnungsklauseln und Verfallsklauseln.....	724

1. Allgemeine Verzichtserklärungen	724
2. Verfallsklausel.....	724
3. Freizeichnung (Haftungsausschluß).....	724
VI. Währung	725
VII. Rückstellungsgesetzgebung (nach dem Zweiten Weltkrieg).....	725
35. Form	726
A. Entwicklung	726
I. Altes Recht.....	726
II. Geltendes Recht	727
1. Formzwang wird zur Ausnahme.....	727
2. Gesetzliche Formfreiheit; gewillkürte Form	728
III. Formfunktionen – Überblick.....	729
1. Schutzfunktion, Inhalts- und Abschlußklarheit, Beweis- erleichterung, Offenkundigkeit etc.	729
2. Sinnvoller Formzwang	729
B. Auslegung der Formvorschriften.....	730
I. Ohne Norm keine Form	730
II. Auslegung.....	731
C. Arten der Form. Übersicht	732
I. Nach dem verwendeten Ausdrucksmittel.....	732
1. Gesten und Gebärden.....	732
2. Mündliche Form	732
3. Schriftform.....	732
II. Andere Einteilungen	732
1. Private/öffentliche Form	732
2. Zeugen.....	733
3. Einseitige/beidseitige Form.....	733
4. Gesetzliche/gewillkürte Form	733
5. Konstitutive/deklarative Form	733
D. Die Schriftform	733
I. Übersicht.....	733
II. Einfache Schriftform.....	733
1. Urkunde	733
2. Inhalt	733
3. Unterschrift	734
4. Sonderfälle	735
III. Notariatsakt und notarielle und gerichtliche Beurkundung oder Beglaubigung	737
1. Notariatsakt	737
2. Notarielle oder gerichtliche Beurkundung/Beglaubigung	737
3. NotariatszwangsG von 1871.....	737
IV. Ersetzt eine Form die andere?.....	739
E. Rechtsfolgen des Formmangels.....	740
I. Gesetzliche Form	741
1. Formverstoß – Rechtsfolgen	741
2. Geltendmachung von Formmängeln.....	742
II. Gewillkürte Form	743
1. Vermutung des § 884	743
2. Punktation	743
III. Formlose (Neben)Abreden	744
1. Bei gesetzlicher Form	744
2. Bei gewillkürter Form	745
36. Bedingung, Befristung, Auflage	745
A. Gemeinsames.....	747

1. Durch Parteiwillen angeordnete Nebenbestimmungen	747
2. Rechtsbedingung	747
3. Was nicht Bedingung ist	748
4. Auslegung	749
B. Bedingung und Befristung	749
I. Begriff	749
II. Arten	750
1. Aufschiebende/auflösende Bedingung	750
2. Zufalls-, Willkür- und gemischte Bedingung	751
3. Bejahende/verneinende Bedingung	751
III. Bedingungs(befristungs)feindliche Rechtsgeschäfte	751
1. Bedingungsfeindliche Rechtsgeschäfte unter Lebenden	751
2. Bedingung bei einseitigen, empfangsbedürftigen Willenserklärungen	752
3. Folgen unzulässiger Bedingungen	752
IV. Unverständliche, unmögliche und unerlaubte Bedingungen/Befristungen	752
1. Bei letztwilligen Anordnungen	752
2. Bei Verträgen und Rechtsgeschäften unter Lebenden	753
V. Die Bedingung der Nichtverhehlung. § 700	753
VI. Schwebezustand. §§ 613, 615 II, 703, 707, 708, 900	755
1. Schwebezustand	755
2. Bindung der Parteien während des Schwebezustandes	755
3. Keine Änderung der Natur des bedingten Rechtes durch die Bedingung	756
4. Befristete Rechte	756
VII. Eintritt oder Ausfall (§ 699) – Auslegung von Bedingungen	756
1. Auslegung	756
2. Vereitelung/Herbeiführung des Bedingungseintritts gegen Treu und Glauben	757
3. Rechtsfolgen	759
C. Auflage. §§ 709-712	759
1. Definition	759
2. In welchem Interesse kann die Auflage erfolgen	759
3. Auflage ist nicht Gegenwert der Zuwendung	760
4. Auflage und Bedingung	761
5. Auflage und erklärte Absicht	761
6. Auflage und Vermächtnis	761
7. Auflage und Stiftung	762
8. Vollziehung/Erfüllung der Auflage	762
7. Stellvertretung. §§ 1002 ff.	764
A. Grundsätzliches und Entwicklung	765
I. Grundsätzliches	765
II. Historische Entwicklung	765
B. Begriff und Abgrenzung	765
I. Begriff	765
1. Abgabe oder Empfang rechtsgeschäftlicher Erklärungen in fremdem Namen; Offenlegungsgrundsatz	765
2. Rechtsgrund der Stellvertretung	770
II. Abgrenzung	770
1. Stellvertretung nur bei rechtmäßigen Akten, nicht bei Delikten	770
2. Indirekte/mittelbare Stellvertretung	770
3. Organe jurPn	771
4. Treuhänder	771

5. Vermittler.....	771
6. Bote	771
7. Bevollmächtigungs-, Trödelvertrag	774
8. Sondervorschriften (HGB und ZPO)	774
9. Unzulässigkeit der Stellvertretung	774
10. Handeln in fremdem Namen – Handeln unter fremdem Namen	774
C. Vertreter und Vertretener als Partei des Rechtsgeschäftes	775
I. Theorien.....	775
II. Im einzelnen	775
1. Geschäftsfähigkeit	775
2. Willensmängel	776
3. Schuldverletzungen und Delikte.....	776
4. Redlicher Erwerb	777
5. Widersprechende Rechtshandlungen von Vertreter und Vertretenem	777
6. Auslegung	777
D. Vertreter ohne Vertretungsmacht (falsus procurator).....	777
I. Gesetzliche Grundlage	777
1. Regelung schon im ABGB	777
2. Rechtsfolgen	778
II. Fälle der Vertretung ohne Vertretungsmacht.....	778
1. Wann liegt Vertretung ohne Vertretungsmacht vor?.....	778
2. Genehmigung durch den Vertretenen.....	779
3. Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht	781
4. Falsus im Innen- und Außenverhältnis? – Vollmachtsmißbrauch	781
5. JurP uä. als falsus procurator	782
6. Analoge Anwendung des § 1016.....	782
E. Insichgeschäft	782
1. Definition und Arten	782
2. Grundsätzliche Unzulässigkeit des Insichgeschäftes.....	784
3. Zusammenfassung.....	785
4. Wirkungen des Insichgeschäftes	786
F. Mittelbare (indirekte) Stellvertretung	786
1. Definition.....	786
2. Wirkungen	786
3. Geheime Vollmacht	787
4. Stillschweigende Bevollmächtigung	787
5. Geschäfte „für den, wen es angeht“	788
G. Treuhand	789
I. Allgemeines – Begriff.....	789
1. Treuhandverhältnis (fiducia).....	789
2. Unterschied zu Vollmacht/Stellvertretung	790
3. Offene/verdeckte Treuhand.....	791
4. Einseitige/mehrseitige Treuhand	791
5. Formvorschriften	792
II. Geschichte.....	792
III. Fremdnützige Treuhand – Arten und Wirkung.....	793
1. Verwahrungs- und Verwaltungstreuhand	793
2. Verfügungstreuhand	794
3. Surrogationsprinzip	794
4. Grundlage der Treuhand	794
5. Wesen der Treuhand	794
IV. Sicherungstreuhand oder eigennützige Treuhand.....	798
38. Vollmacht.....	799
A. Erteilung der Vollmacht	800

I. Vollmacht – Grundverhältnis – Ausführungsgeschäft	800
1. Rechtsgeschäft – Urkunde – das daraus entstehende Rechtsverhältnis	800
2. Grundverhältnis – Ausführungsgeschäft	800
II. Ausdrücklich erteilte Vollmacht	802
1. Durch einseitige Erklärung	802
2. Interne/externe Vollmacht	802
3. Recht des Machthabers im Namen des Machtgebers zu handeln	802
III. Stillschweigende Bevollmächtigung	802
1. Begründung der Vertretungsmacht durch schlüssiges Verhalten	802
2. Gesetzlich geregelte Fälle	804
3. Lehre vom Vertrauen auf den äußeren Tatbestand	808
4. Bösgläubiger Dritter kann sich nicht auf stillschweigende Bevollmächtigung berufen	808
B. Arten der Vollmacht	808
1. General- und Spezialvollmacht	808
2. Unumschränkte und beschränkte Vollmacht	810
3. Gesetzlich umschriebene Vollmachten	810
C. Substitution	810
I. Rechtliche Konstruktion – Abgrenzung	811
1. Unterbevollmächtigungsvertrag	811
2. Bloßer Auftrag/Ermächtigung	812
3. Erfüllungsgehilfe des Vertreters	812
4. Untervertreter	813
5. Zulässigkeit der Substitution	813
6. Rechtliche Beziehung zwischen Hauptvollmachtsträger und Machtgeber sowie Machtgeber und Substitut	814
7. Spezialfälle: Rechtsanwalt und Notar	815
8. Unzulässige Substitution	816
II. ‚Ganz andere‘ Substitutionsfälle	816
D. Kollektivvollmacht	817
1. Einzelvollmacht/Kollektivvollmacht	817
2. Alle müssen handeln	817
E. Erlöschen der Vollmacht	818
1. Endigung im Außen- und Innenverhältnis	818
2. Allgemeine Erlöschungsgründe	818
3. Vollmacht erlischt mit Grundverhältnis	818
4. Widerruf	818
5. Tod	821
6. Konkurs	823
7. Handlungsunfähigkeit, beschränkte Handlungsfähigkeit	823
F. Fortwirken erloschener Vertretungsmacht	823
1. „Geschäfte, welche keinen Aufschub leiden“	823
2. Fortwirken	823
3. Obliegenheit der Verständigung	824
39. Die Zeit	824
A. Überblick	824
1. Zeit, Zeitraum (Frist), Zeitpunkt (Termin)	824
2. Einheitliche, sichere Zeitrechnung	824
3. Wirkungen	824
4. Befristung	824
B. Zeitrechnung	824
I. Im allgemeinen	824
1. Im Zweifel Zeitrechnung des Erfüllungsortes	824
2. Rechtsregeln für die Zeitrechnung	825

3. Materiellrechtliche und formelle/prozessuale Fristen	825
II. Im einzelnen	826
1. Zivilkomputation/Naturalkomputation	826
2. ‚Eindeutige‘ Fristen	826
3. Nicht eindeutige Fristen	827
4. § 903 Satz 3	828
D. Verjährung. §§ 1451 ff.	829
A. Der rechtspolitische Grund	829
1. (Rechts)Sicherheit und Ordnung	829
2. Verjährung und Ersitzung	830
3. Öffentliches Recht	830
B. Abgrenzung	830
I. Verjährung – Ersitzung	830
1. Rechtsverlust – Rechtserwerb	830
2. Nichtausübung des Rechtes	831
3. Verjährung: Rechte verschiedenster Art; Ersitzung: dingliche Rechte	831
II. Verjährung – Verschweigung	831
III. Verjährung – Verwirkung	831
1. Schlüssiger Verzicht	831
2. Verwirkung bei Dauerrechtsverhältnissen	832
IV. Verjährung – Ausschlußfristen	834
1. Letztes Hauptstück: Verjährungsfristen	834
2. Anwendung der Verjährungsfristen	835
3. Unterscheidung nach dem Zweck der Vorschrift	835
4. Lange Fristen: Verjährungsfristen – kurze Fristen: Ausschlußfristen	835
5. Unterschied zwischen Verjährung und Ausschlußfristen	835
6. Unterscheidungsproblematik	836
7. Judikaturbeispiele	836
C. Gegenstand	838
Unverjährbar sind:	
1. Öffentliche Rechte	838
2. Familien- und Personenrechte	838
3. jura merae facultatis	838
4. Pfandrecht, „solange der Gläubiger das Pfand in Händen hat“	838
5. Anspruch auf Notweg	838
6. Eigentum	838
7. Verbücherung eines Rechtes schützt nicht vor Verjährung	839
D. Beginn	839
1. Sobald das Recht „an sich schon hätte ausgeübt werden können“	839
2. Judikaturbeispiele	840
E. Allgemeine Verjährungszeit	841
1. Allgemeine (lange) und besondere (kurze) Verjährungszeit	841
2. Einrechnung	841
F. Kurze (dreijährige) Verjährung	842
I. Wiederkehrende Leistungen – § 1480	842
II. Forderungen des täglichen Lebens – § 1486	842
III. § 1487	847
IV. § 1488 – Freiheitsersitzung (von der Belastung durch eine Servitut)	849
V. Entschädigungsansprüche – § 1489	850
1. Gegenstand	850
2. Die zwei Fälle des § 1489	852
3. Andere Ersatzansprüche	857

4. Konkurrenz zwischen vertraglichem und deliktischem Anspruch.....	857
VI. § 1490	857
VII. Judikatschuld	858
VIII. §§ 1491, 1492	859
G. Hemmung und Unterbrechung.....	859
I. Allgemeines.....	859
II. Hemmung.....	860
1. § 1494	860
2. § 1495	860
3. § 1496	861
4. Andere gesetzliche Hemmungsgründe	861
5. Judikaturbeispiele für analoge Anwendung der Hemmung.....	861
III. Unterbrechung	861
1. Anerkennung/Anerkenntnis	861
2. Klage.....	863
3. Der Klagsführung gleichgestellte Unterbrechungsgründe	865
H. Wirkung der Verjährung	867
1. Geltendmachung durch Einrede	867
2. Erfüllung einer verjährten Schuld.....	867
3. Anerkennung einer verjährten Schuld.....	867
4. Aufrechnung mit verjährter Gegenforderung	868
5. Verjährung der Einrede?	868
6. Replik der Arglist.....	868
Quellenverzeichnis	869
Sachverzeichnis	889